

<https://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-staat-will-sein-corona-geld-872.amp.html> 20.6.2023

Der Staat will sein Corona-Geld zurück

.....Was sich wie ein Albtraum anhört, ist für Hunderte von Unternehmen schon bittere Realität – und noch viele Tausende werden folgen. Denn sie trifft nun eine rechtliche Besonderheit: Alle staatlichen Überbrückungshilfen während der [Corona-Pandemie](#) wurden unter dem Vorbehalt der vollständigen Überprüfung und Rückforderung gewährt.

Die Unternehmen müssen Schlussabrechnungen einreichen, bis zum 30. Juni oder, nach beantragter Fristverlängerung, bis zum 31. Dezember 2023. Alle Daten kommen erneut auf den Prüfstand. ....

Allein die Überbrückungshilfe III haben über 500.000 Unternehmen in Deutschland beantragt, und es wurden mehr als 33 Milliarden Euro ausbezahlt. Und nun wird neu geprüft – oder erstmals?....

2021 wurde fast alles genehmigt. Es gab kaum Nachfragen. Die rechtlich schwammigen Bedingungen wurden zugunsten der Unternehmen ausgelegt, wenn die Unternehmen ergänzende Angaben machten. Es galt, Arbeitsplätze zu retten. Doch mit Antritt der [Ampelkoalition](#) änderte sich dies. Es wurde nicht nur genauer hingeschaut und so dauerte die Antragsbearbeitung oft monatelang – das wäre noch zu verschmerzen.

Nein, viel schlimmer: Die Rechtslage wurde plötzlich oft ganz anders beurteilt als noch im Jahr 2021. Was früher unbedenklich erschien, wurde nun problematisiert

Das betrifft alle Branchen. Industrieunternehmen wie zum Beispiel Autozulieferern oder Maschinenbauern wird plötzlich vorgehalten, ihr Umsatzeinbruch sei 2021 doch nicht „coronabedingt“ gewesen, was aber Voraussetzung der Förderung sei. Die Behörde ist der Ansicht: Das Kundenverhalten habe sich allgemein geändert. Selbst bei Friseuren heißt es mit staatlicher Kälte: Die Menschen nutzen deren Dienstleistungen eben weniger, vielleicht inflationsbedingt. ....

<https://paz.de/artikel/energiewende-verschaerft-die-probleme-a9058.html> 21.6.2023

Energiewende verschärft die Probleme

Kohleausstieg führt dazu, dass kein Grundwasser mehr in die Spree geleitet wird – Verheerende Folgen

Ein Appell des Landkreises Oberhavel zeigt, wie angespannt auch in diesem Jahr die Lage beim Grundwasser und auch bei den Oberflächengewässern in der Mark Brandenburg bleibt. An die Bewohner des Landkreises erging die Aufforderung, zur Entlastung der Oberflächengewässer aus Seen und Flüssen nur nachts Wasser zu entnehmen. Nach Angaben des Landkreises droht erneut Niedrigwasser, zudem sinkt auch das Grundwasser bereits wieder. Ganz offensichtlich haben die Regenfälle seit dem vergangenen Herbst nicht ausgereicht, die Defizite aus den niederschlagsarmen Jahren zwischen 2018 und 2022 auszugleichen.

Wie in den Vorjahren dürften schon bald andere Landkreise mit Appellen zum Wassersparen nachziehen. In der Berichterstattung fügen Medien ziemlich regelmäßig einen Hinweis auf den „Klimawandel“ hinzu.

Ein Interview, das der rbb unlängst mit dem Klimaforscher Peter Hoffmann zum Thema Wassermangel in Berlin-Brandenburg führte, war zudem auch mit einer Forderung zum Handeln begleitet. „Jetzt müssen wir den Worten Taten folgen lassen und auch einige unangenehme Maßnahmen einleiten. Eine wäre die Energiewende“, so Hoffmann vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung.

Tatsächlich droht aber die sogenannte Energiewende das Wasserproblem in der Region noch zu verschärfen.

Das Umweltbundesamt hat erst vor Kurzem gewarnt, dass Berlin, Brandenburg und Sachsen nach dem geplanten Kohleausstieg in der Lausitz mit einem verstärkten Wassermangel rechnen müssen. Die

Behörde sprach dabei sogar von einer Mammutaufgabe, die auf die drei Länder zukommt.

Wird der Beschluss zum Kohleausstieg umgesetzt, dann wird spätestens ab dem Jahr 2038 kein Grundwasser mehr aus den Braunkohletagebauen in der Lausitz abgepumpt und in die Spree geleitet. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes könnte der Fluss dann in trockenen Sommermonaten örtlich bis zu 75 Prozent weniger Wasser führen als derzeit.

Laut Dirk Messner, dem Leiter des Umweltbundesamtes, könnte es aus Berlin und Brandenburg dann Bilder von trockenen Flussbetten geben, die bislang aus Südspanien bekannt sind. Das fehlende Wasser aus den Tagebauen wird nach Angaben der Bundesbehörde Konsequenzen für den Spreewald mit seinen Seen und Kanälen haben, aber auch auf die Trinkwasserversorgung in der Region Berlin. ....

Mit Blick auf den Wassermangel in der „Streusandbüchse“ Brandenburg ist nicht nur der Kohleausstieg skeptisch zu sehen. Ein wichtiger Teil der Energiewende-Pläne ist auch die verstärkte Nutzung von Wasserstoff als Energieträger. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll im Süden Brandenburgs aus der bisherigen Kohleregion Lausitz sogar eine ganze Wasserstoffregion werden. Produziert werden soll der Wasserstoff, indem Strom aus Solar- und Windparks in Brandenburg genutzt wird. Für die Region mit ihren Wasserproblemen wird dies mit einem hohen Wasserverbrauch einhergehen. Bei der Elektrolyse werden zur Herstellung eines Kilogramms Wasserstoff neun Liter Süßwasser benötigt.

.....

<https://test.rtde.me/international/173269-chinesischer-weltmarktfuehrer-longi-plant-photovoltaig/> 21.6.2023

Chinesischer Weltmarktführer Longi plant Photovoltaik-Produktion in Deutschland

Demnächst soll auch in Europa die Produktion von Solaranlagen wieder anlaufen. Um die führende Rolle und Kontrolle über den Photovoltaik-Markt nicht zu verlieren, so die Wirtschaftsfachleute, würde der chinesische Konzern LONGi jetzt eine neue Produktionsstätte in Deutschland planen.

Weltmarktführer in der Produktion von Photovoltaikanlagen ist der chinesische Konzern LONGi Green Energy Technology Co., Ltd. (LONGi). Das Unternehmen soll die globale Solarindustrie fast vollständig allein beherrschen. So würde mittlerweile auch in Deutschland, im "Geburtsland der Sonnenenergie", kaum mehr ein Modul verbaut, welches nicht in Fernost angefertigt worden sei. Wie das Handelsblatt am Mittwoch [berichtete](#), plant LONGi nun erstmals den Bau einer europäischen Produktionsstätte – und zwar in Deutschland. Der LONGi-Gründer und Firmenpräsident Zhenguo Li habe dazu gegenüber dem Handelsblatt erklärt:

"Wir sind schon sehr intensiv in den Vorbereitungen, um eine Fabrik in Deutschland zu bauen"

Die endgültige Entscheidung würde in sechs Monaten fallen. Der Wirtschaftszeitung zufolge verlief die Rückkehr der Solarindustrie in Europa noch schleppend. Möglicherweise würde sich das durch die Ankündigung von Werkseröffnungen in Deutschland ändern, so das Handelsblatt. ....

<https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/slowakei/> 21.6.2023

Slowakei schreibt Recht auf Bargeldnutzung in die Verfassung und lockert Bargeldobergrenze

[21. 06. 2023 | Erstmals schreibt ein europäischer Staat ein Recht auf Barzahlung in seine Verfassung. Gleichzeitig wird auch die geltende Bargeldbeschränkung gelockert. Auch in anderen Ländern gibt es Gegenwind für die Bargeldabschaffer. Ein Gastbeitrag von Hakon von Holst,](#)

Hakon von Holst.\* Nach [Italien](#) hat ein weiteres Mitgliedsland der Europäischen Union und des Euroraums eine Bargeldobergrenze [gelockert](#). In der Slowakei gilt seit 2013 ein Verbot von Barzahlungen über 5.000 Euro. Ab dem 1.7.2023 werden Barzahlungen bis zu einem Betrag von 15.000 Euro [erlaubt sein](#).

Mittlerweile 18 EU-Länder [verbieten](#) gewöhnliche Zahlungen mit Banknoten und Münzen oberhalb von bestimmten Beträgen. Die niedrigste Grenze von 500 Euro gilt in Griechenland.

Die Lockerung in der Slowakei fällt in eine besondere Zeit: Im März [plädierte](#) das EU-Parlament für eine allgemeine Obergrenze in Höhe von 7.000 Euro. Die deutsche Innenministerin [sprach](#) sich jüngst für ein Limit von »deutlich unter 10.000 Euro« aus.

Parallel hat der slowakische Nationalrat am 15. Juni mit großer Mehrheit eine [Verfassungsänderung](#) beschlossen, die den Einzelhandel auf die Akzeptanz von Bargeld verpflichtet. Die Neuerung gilt ab dem 1.7. Sie ist allerdings voller Schlupflöcher. Ladenbesitzer werden das Recht haben, die Annahme aus »angemessenen oder allgemein gültigen Gründen« abzulehnen. Bei dieser Formulierung sind zahlreiche Ausnahmen denkbar, über die zu befinden in der Hand gewöhnlicher Gesetze liegt.

Es bleibt damit unklar, ob das Recht auf Barzahlung tatsächlich gestärkt worden ist, doch die symbolische Wirkung ist nicht zu übersehen. Einige Medien berichteten auch im Ausland. Die Slowakei ist das erste Land der Welt, das die Barzahlung in die Verfassung aufnimmt.

EURACTIV [zitiert](#) unter anderem den Abgeordneten Marián Viskupič, der vor einer »Überwachung des gesamten Lebens« warnt, die sich nach und nach durch den digitalen Euro etablieren könnte. Ein weiterer Parlamentarier sieht in der Verfassungsänderung eine Verteidigungsmauer gegen mögliche zukünftige Anordnungen von außen, »dass es nur den digitalen Euro und keine anderen Zahlungsoptionen geben darf«. ....

\*Dieser [Beitrag](#) erschien zuerst bei [bargeldverbot.info](https://bargeldverbot.info). Diese Fassung ist leicht gekürzt und leicht editiert.

<https://bargeldverbot.info/>

[https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/schock-in-uhingen-auto-zulieferer-allgaier-ist-pleite-84414194.bild.html?wtmc=twtr.shr&t\\_ref=https%3A%2F%2Ft.co%2F](https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/schock-in-uhingen-auto-zulieferer-allgaier-ist-pleite-84414194.bild.html?wtmc=twtr.shr&t_ref=https%3A%2F%2Ft.co%2F)

21.6.2023

Auto-Zulieferer Allgaier ist pleite

Göppingen – Die Kleinstadt UHINGEN steht unter Schock. Der wichtigste Betrieb im 14 000-Einwohner-Ort, Autozulieferer Allgaier, hat Insolvenzantrag gestellt. Das Amtsgericht Göppingen setzte einen vorläufigen Insolvenzverwalter ein.

Die schwäbische Traditionsfirma (1906 in Hattenhofen gegründet) war vor einem Jahr mehrheitlich von der chinesischen Westron Group übernommen worden. Davor gehörte das Unternehmen der Familie des ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt (84).

Noch im November hatte Allgaier berichtet, dass durch den Einstieg von Westron die finanzielle Stabilität wiederhergestellt worden sei. Offenbar reines Wunschdenken!

Allgaier beliefert u.a. Porsche mit Blechteilen. Auch im Werkzeugbau ist das Unternehmen aktiv.

Der Zulieferer war schon seit längerem angeschlagen. Unklar, was mit den 1700 Mitarbeitern geschieht.

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/tempo-30-regelungen-bundesregierung-beschliesst-reform-des-strassenverkehrsgesetzes-a4311544.html> 21.6.2023

Tempo-30-Regelungen: Bundesregierung beschließt Reform des Straßenverkehrsgesetzes

Die Stimmen für mehr Entscheidungsfreiheit bei der Verkehrsplanung wurden lauter. Das Kabinett hat eine Reform beschlossen und so könnten die debattierten Tempo-30-Zonen bald leichter eingerichtet werden.

Das Kabinett hat eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes beschlossen. Es soll Erleichterungen für Gemeinden bringen, zum Beispiel neue Busspuren oder Tempo-30-Zonen einzurichten. Länder und Gemeinden könnten künftig schneller und flexibler auf die besonderen Anforderungen vor Ort reagieren, sagte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) in Berlin.

Eine leichtere Anordnung von Tempo-30-Regelungen solle etwa Spielplätze sowie hochfrequentierte Schulwege und Fußgängerüberwege betreffen. Wissing betonte aber erneut, ein flächendeckendes Tempo 30 in Städten werde es nicht geben. Es bleibe bei einer Regelgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometern innerorts. ....

Kernaufgabe des Staates sei es, „Freiheitseingriffe“ zu begründen. Deshalb müssten Kommunen begründen, wenn sie Tempo-30-Zonen ausweisen wollen. „Das verlangt das Grundgesetz, und das können wir nicht aus Gründen der Vereinfachung, des Bürokratieabbaus aufheben.“.....

<https://tkp.at/2023/06/21/uno-chef-fossile-brennstoffe-unvereinbar-mit-dem-ueberleben-der-menschheit/> 21.6.2023

UNO-Chef: Fossile Brennstoffe "unvereinbar mit dem Überleben der Menschheit"

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat erklärt, dass die Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung sofort beendet werden muss, da sie "mit dem Überleben der Menschheit unvereinbar" sei. Während einer kürzlich abgehaltenen Konferenz warnte UN-Generalsekretär Antonio Guterres: "Alle diese Maßnahmen müssen global sein."

"Sie müssen sofort erfolgen und mit dem verschmutzten Herzen der Klimakrise beginnen – der Industrie für fossile Brennstoffe. Lassen Sie

uns den Tatsachen ins Auge sehen. Das Problem sind nicht nur die Emissionen fossiler Brennstoffe. Es sind die fossilen Brennstoffe, Punkt. Die Lösung ist klar.“

Wir sehen hier wieder einmal wie sich globale Institutionen, die bisher ihre Aufgabe in der Koordination von Nationen gesehen haben, nun die Machtbefugnis einer Weltregierung einräumen. Sie sind tatsächlich aber niemand anderem verantwortlich als die westlichen Finanzeliten. ....

Einem [Bericht von Climate Depot](#) zufolge sind Guterres' Kommentare jedoch unglaublich heuchlerisch.

„Trotz Guterres' leidenschaftlicher Kritik an der Nutzung fossiler Brennstoffe besitzen die Vereinten Nationen Berichten zufolge eine ganze Flotte von Flugzeugen und sind dafür bekannt, einen verschwenderischen jährlichen Klimagipfel zu veranstalten, an dem bis zu 400 Privatjets teilnehmen...“, heißt es in dem Bericht.

Keiner dieser Jets ist bisher mit Solar- oder Windenergie geflogen.

Guterres besteht darauf, dass eine Senkung der Kohlenstoffemissionen um 45 % bis 2030 dem Planeten helfen wird, einen Temperaturanstieg von 2,8 Grad Celsius zu vermeiden.

<https://www.climatedepot.com/2023/06/17/un-chief-claims-fossil-fuels-are-incompatible-with-human-survival/>

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hersteller-der-weck-glaeser-meldet-insolvenz-an-a-5bb08ef7-ba07-48b4-b137-6e0e971e8ea1>

20.6.2023

Hersteller der Weck-Gläser meldet Insolvenz an

Seit dem Jahr 1900 vertreibt die Firma Weck Einkochgläser und passendes Zubehör, nun hat das Unternehmen Insolvenz beantragt. Zuvor hatte die Coronapandemie dem Unternehmen noch einen Nachfrageboom beschert.



Der Hersteller der Weck-Gläser ist pleite: Die J. Weck GmbH & Co. KG mit Sitz in Wehr sowie die Weck Glaswerk Gesellschaft mit Sitz in Bonn reichten jeweils einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Karlsruhe ein. Das geht aus Bekanntmachungen des Gerichts hervor. ....

Auf Anfrage äußerte sich das Unternehmen aus Wehr-Öflingen in Baden-Württemberg zunächst nicht zu dem Verfahren. Die Firma war nach eigenen Angaben im Jahr 1900 von Johann Carl Weck und Georg van Eyck gegründet worden und produziert und vertreibt seitdem Einkochgläser, -ringe, -töpfe und weiteres Zubehör. ....